

Antrag

der Abgeordneten Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwicklung in Afghanistan – Strategien für eine wirkungsvolle Aufbauarbeit kohärent umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sechs Jahre nach der Petersberg-Konferenz fällt die Bilanz gemischt aus. Es gibt Fortschritte und positive Entwicklungen in Afghanistan. Dennoch ist die Sicherheitslage prekär. In der Realität sehen sich die Menschen im Land erneut von den Taliban, von Warlords und anderen kriminellen Akteuren bedroht. Von einer Verbesserung der Lebenssituation für die breite Bevölkerung in allen Teilen des Landes ist Afghanistan noch weit entfernt. Während im Nordosten des Landes die zivilen Aufbaubemühungen Früchte tragen und eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung erhalten (Studie Internationale Akteure in Afghanistan der FU Berlin, Februar 2008), fällt die Bilanz im Rest des Landes – speziell im Südosten – wenig positiv aus.

Die Debatte über militärische Kapazitäten, Aufstandsbekämpfung und Mandatsgrenzen überschattet dabei völlig die notwendige Diskussion über die Strategie beim zivilen Aufbau. Dabei heißt es im Afghanistankonzept der Bundesregierung vom 7. September 2007: „Für die Bundesregierung bleiben weiterhin der zivile Wiederaufbau und die Entwicklung im Zentrum ihres Engagements.“ In Wirklichkeit liegt bisher das Schwergewicht der Anstrengungen – aber auch des öffentlichen Diskurses – auf der militärischen Seite des Einsatzes.

Die Prioritäten der internationalen Afghanistanpolitik sind nach wie vor falsch gesetzt. Damit die Menschen in allen Landesteilen stärker vom internationalen Engagement profitieren, ist ein Wechsel weg von der militärischen Dominanz hin zu einer massiven Stärkung der zivilen Aufbau- und Friedensarbeit erforderlich. Die entwicklungspolitischen Möglichkeiten und Leistungen, deren Auftrag und Ziele, müssen endlich in den Vordergrund gestellt werden. Die entwicklungspolitische Aufbauarbeit muss dabei massiv ausgebaut und den aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgerufen, jetzt mit Realismus eine neue entwicklungspolitische Strategie zu bestimmen. Ohne eine kohärente, transparente und langfristige Strategie kann der Aufbau nicht erfolgreich sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Beitrag für die zivile Aufbauarbeit sofort auf mindestens 200 Mio. Euro anzuheben;
2. sich bei den anderen EU-Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, dass diese ebenfalls ihre Zahlungen deutlich erhöhen;
3. eine klare Priorität für Aufbau und Entwicklung in Afghanistan zu definieren und die notwendigen zivilen Maßnahmen mit höchster Dringlichkeit umzusetzen. Die Prämisse „Zivil vor Militär“ muss mit entwicklungspolitischen Taten Realität werden;
4. wesentlich mehr Personal für die entwicklungspolitischen Aufgaben einzusetzen sowie die Qualität der Rekrutierung, der Ausbildung und der Einsatzbedingungen vor Ort massiv zu verbessern;
5. die Qualität der entwicklungspolitischen Aufbauarbeit kritisch zu hinterfragen und bis Ende des Jahres dem Deutschen Bundestag eine Evaluierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie der deutschen PRTs (Provincial Reconstruction Teams – PRT) vorzulegen;
6. einen Stufenplan mit klaren Etappenzielen für die deutsche Aufbauarbeit vorzulegen, an denen Fortschritte des zivilen Aufbaus messbar sind und die sich in eine realitätsnahe Zeitperspektive einfügen;
7. dem Deutschen Bundestag einen jährlichen Bericht über die Verwendung der entwicklungspolitischen Mittel vorzulegen;
8. dazu beizutragen, den Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei konzeptionell stärker aufeinander abzustimmen und finanziell beschleunigt voranzutreiben;
9. das Konzept der afghanischen Eigenverantwortung (ownership) massiv zu fördern und sehr viel stärker darauf hinzuwirken, dass eine in Abstimmung mit und unter Beteiligung der afghanischen Bevölkerung orientierte Aufbauarbeit oberste Priorität erhält und positive Erfahrungen, wie z. B. bei der Zusammenarbeit im Rahmen der Provincial Development Funds zu verstärken;
10. darauf hinzuwirken, dass Gelder verstärkt über die afghanische Regierung umgesetzt werden können und deren Verwendung durch den dafür notwendigen Aufbau effizienter Institutionen (capacity building) systematisch begleitet wird; verstärkt auch in den Provinzen des Südens und Südostens zivile Aufbauarbeit zu betreiben und Anfragen nach konkreten Projekten in Rücksprache mit der Bevölkerung vor Ort und in Absprache mit den Nichtregierungsorganisationen zu fördern;
11. Alphabetisierungsprogramme und den Bereich der Grundbildung mit noch mehr Mitteln auszustatten sowie die Qualifizierung des afghanischen Personals an Schulen sowie Universitäten voranzutreiben, um den vorhandenen Mangel an Fähigkeiten und Qualifizierung beschleunigt zu überwinden;
12. den deutsch-afghanischen Wissenschaftsaustausch zu fördern und die Stipendienvergabe für Studierende und Wissenschaftler zu erhöhen;
13. bei der Programmierung von Projekten die Ansätze von sogenannten Quick Impact gegenüber denen des Langzeitengagements für die jeweilige Aufgabenstellung zu nutzen, um effektiv und rasch auf Kritik oder Veränderungen zu reagieren;
14. Ansätze zur lokalen Friedensförderung und die Erarbeitung einer nationalen Strategie zur lokalen Friedensförderung zu unterstützen und zusätzliche Mittel für den Aufbau der dafür notwendigen Kapazitäten bereitzustellen;

15. innovative Projektansätze wie zum Beispiel das Tribal Liaison Office positiv aufzugreifen sowie politisch und finanziell zu stärken;
16. Bildungsarbeit und capacity building unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und in der Entwicklungszusammenarbeit weiterhin gezielte sowie längerfristige Programme zu etablieren, die dieser Arbeit Priorität einräumen;
17. Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit als elementare Bestandteile für den Aufbau einer Zivilgesellschaft und die langfristige Demokratisierung des Landes im Sinne der UN-Resolution 1325 zu stärken;
18. entwicklungspolitische Maßnahmen in die Fläche zu tragen und Projektarbeit in ländlichen Regionen dahingehend auszurichten, den Menschen einen eigenen Erwerb von Einkommen zu ermöglichen, indem Aufträge mit Entwicklungsmitteln regionalen Auftraggebern zu Gute kommen;
19. die Anstrengungen im wirtschaftspolitischen Bereich konzeptionell und organisatorisch zu verstärken, Existenzgründungen voranzutreiben und Mikrofinanzsysteme weiter zu verbreiten;
20. bei Missachtung von Menschenrechten und verfassungsrechtlichen Grundrechten, z. B. der Pressefreiheit, unverzüglich zu reagieren und Probleme offen gegenüber der afghanischen Regierung anzusprechen und Lösungsansätze zu suchen;
21. den Kampf gegen Korruption mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, Erfahrungen wie von der Organisation Transparency International zu nutzen und die Einrichtung einer Anti-Korruptions-Task-Force zu prüfen;
22. auf die Drogenökonomie mit einer einheitlichen, regional differenzierten Strategie zu reagieren und neben polizeilichen Maßnahmen vor allem die Förderung alternativer Wirtschaftszweige zu stärken;
23. in Abstimmung mit dem UNHCR die unkoordinierte Abschiebung von Flüchtlingen aus Pakistan und Iran zu verhindern und Mittel für Hilfsmaßnahmen bereitzustellen;
24. eine breite öffentliche Auseinandersetzung in Deutschland über die Kriterien, Interessen und Ziele der Entwicklungspolitik für Afghanistan anzustoßen.

Berlin, den 23. April 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der Aufbau in Afghanistan braucht einen langen Atem und wird sich über Jahrzehnte erstrecken. Zu Beginn wurde die Situation im Land falsch eingeschätzt und Kapazitätsfragen der Bevölkerung zu wenig berücksichtigt. Überzogene Erwartungen, mangelnde Einsicht in die afghanischen Strukturen, Planungen ohne eine einheitliche Strategie der unterschiedlichen internationalen Geber und ein Mangel an Evaluation und Controlling der Aufbauarbeit haben dazu beigetragen, dass wertvolle Zeit verstrichen ist. Ziel aller Anstrengungen muss jedoch sein, dass das afghanische Volk und seine Regierung seine Angelegenheiten

ohne Unterstützung von außen lösen können. Dieses Prinzip muss durchgängig als Leitlinie der internationalen Geberpolitik etabliert werden.

Viele Zielmarken in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, die der Afghanistan Compact bis Ende 2010 benennt, sind kaum mehr realistisch und müssen jetzt nachgebessert werden. Es ist dringend notwendig, eine international kohärente und übergeordnete Strategie zu erstellen, die die Vielzahl und das Nebeneinander in der zivilen Hilfe der unterschiedlichen Geberstaaten und Durchführungsorganisationen evaluiert und vereinheitlicht. Trotz der Komplexität der von internationaler Gemeinschaft mit der afghanischen Regierung geschaffenen Strukturen fehlt eine solche Strategie. Koordinierung setzt nicht die Schaffung neuer Institutionen und Koordinierungsgremien voraus, wohl aber die effektive Bündelung von Kompetenzen und Aufgaben.

Die militärische Absicherung hat gegenüber dem zivilen Aufbau eine unterstützende Rolle. Zwar ist eine militärische Absicherung des Aufbaus noch immer notwendig – der Erfolg des Gesamtprojekts hängt aber von Fortschritten im zivilen Bereich ab, die grundlegend für die Akzeptanz der afghanischen Bevölkerung sind. Viele zivile Hilfsorganisationen beklagen, dass ihre Arbeit durch das Militär teilweise sogar schwieriger werde, wenn ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt oder sogar ihre Sicherheit durch die Nähe zu den Militärs gefährdet werde. Die zivil-militärische Zusammenarbeit und die Gewichtung von Mitteln und Personal muss kritisch hinterfragt und endlich umfassend evaluiert werden.

Ohne eine massive zivile Offensive ist der Erfolg in Afghanistan gefährdet. In jüngster Zeit erschienene Studien warnen vor dem dauerhaften Abrutschen Afghanistans in einen sog. failed state und eine Gefährdung der bisher erreichten Ziele. Die hochrangig besetzte Afghanistan Study Group warnte, dass unkoordinierte Militär- und zivile Strategien in Afghanistan die Gesamtbemühungen zur Stabilisierung gefährden. Nach Angaben der Weltbank fließen derzeit jährlich 3 Mrd. US-Dollar an Hilfsgeldern nach Afghanistan, 2002 waren es 1,3 Mrd. US-Dollar. Ein großer Teil dieser Gelder kann aufgrund der weiterhin schwach ausgeprägten staatlichen Strukturen und Verwaltung nicht über die afghanische Regierung umgesetzt werden, viele Projekte werden ohne Beteiligung von Afghaninnen und Afghanen von ausländischen Vertragsnehmern ausgeführt. Es ist von zentraler Bedeutung, dass der Aufbau der afghanischen Regierung Legitimität verleiht und nicht entzieht. Infrastrukturmaßnahmen und regionale Projekte werden immer noch ohne afghanische Arbeitskräfte und Vertragsnehmer realisiert, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung oftmals ignoriert. Die Partizipation der Afghanen ist unverzichtbar für einen erfolgreichen Aufbau in Afghanistan. Aufbaumaßnahmen müssen bei der Bevölkerung vor Ort, gerade in der Fläche, direkt ankommen und die afghanische Eigenverantwortung stärken.

Der Schutz der afghanischen Frauen und Mädchen vor Gewalt muss beim Aufbau der afghanischen Gesellschaft ganz oben auf der Agenda der zivilen Friedensstrategie stehen. Um Frauen und Mädchen Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, brauchen sie den verlässlichen Zugang zu Bildung. Der zivile Aufbau muss durch flankierende Maßnahmen unterstützt werden. Die unkoordinierte Rückkehr bzw. Abschiebung von Flüchtlingen aus Iran und Pakistan stellen einen Unsicherheitsfaktor für Afghanistan dar, da die Aufnahmekapazitäten sehr begrenzt sind. Mit beiden Staaten muss zudem der Dialog seitens der afghanischen Regierung und internationaler Partner intensiviert werden, um Unterstützung im Bereich Sicherheit und Entwicklung zu erzielen.